



Mehr Demokratie e.V. Themen 08

Mehr Demokratie e.V.

Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
tel. 030-420 823 70
fax 030-420 823 80
info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Autor: Frank Rehmet
Erstellungsdatum: 15.12.2002
Aktualisierungsdatum: 15.10.2003

Direkte Demokratie und Atomenergie

1. Einleitung und Übersicht

Das Thema Atomenergie/Kernenergie war in unterschiedlichen europäischen Ländern bereits Gegenstand einer Volksabstimmung. Der vorliegende Bericht listet die Volksentscheide auf und liefert Hintergrundinformationen. Zunächst soll mittels der folgenden Tabelle eine Übersicht gegeben werden.

Tabelle 1: Volksbegehren und Volksentscheide zu Atomenergie

Land/Stadt	Datum	Ergebnis
Österreich	05.11.1978	50,5 % gegen Atomenergie/Inbetriebnahme AKW Zwentendorf; Abstimmungsbeteiligung: 64,1 %
Schweden	23.03.1980	Drei Varianten zu Neubauten von Atomkraftwerken: Alle drei mit 60-80 % abgelehnt, damit Votum für Atomausstieg (keine weiteren Neubauten); Abstimmungsbeteiligung: 74,2 %
Italien	08.09.1987	80,6 % gegen Atomenergie = gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen Abstimmungsbeteiligung: 65,15 %
Deutschland /Bundesländer	1965 (1) 80erJahre (4)	Insgesamt fünf Volksbegehren gegen Atomenergie (AKW, Standorte, Wiederaufbereitungsanlagen), davon vier in Bayern, eines in Nordrhein-Westfalen; Alle erfolglos, da unzulässig (4) bzw. nicht eingereicht (1)

Land/Stadt	Datum	Ergebnis
Slowenien AKW Krsko	1995/1996	Keine Volksabstimmung, nur Plan eines Referendums über die Schließung des AKWs Krsko, initiiert von einer Parlamentsminderheit. Ergebnis: Abgeordnete der LDS zogen nach Diskussionen ihre Unterschriften zurück, damit kein Referendum
Japan (Maki)	04.08.1996	Abstimmung in einer Gemeinde. 61 % gegen ein Atomkraftwerk. Abstimmungsbeteiligung: ca. 70-75 %
Österreich	1997	Unverbindliche Volksanregung (in Österreich „Volksbegehren“ genannt) „Atomfreies Österreich“ Erreichte Unterschriftenzahl 4,3 %, kein Erfolg.
Österreich	2002	Unverbindliche Volksanregung gegen AKW Temelin/Kopplung mit EU-Beitritt Tschechiens; Ergebnis: Kein Erfolg, das Volksbegehren erreichte 15,5 % Unterschriften. Keine Übernahme durch Parlament.
Österreich	2003	Unverbindliche Volksanregung „Atomfreies Europa“, initiiert von Greenpeace Österreich. Ergebnis: Erreichte 2,2 % Unterschriften, keine Übernahme der Anregung durch das Parlament
Deutschland (kommunal)	Ende 90er	Temelin-Bürgerentscheide – mehrere Bürgerentscheide in Bayern, de facto erfolgreich; Widerstand durch Stromabnahmeverträge der Kommunen, die per Bürgerbegehren und Bürgerentscheid thematisiert wurden.
Schweiz (alle Ebenen)	regelmäßig	s. unten

Quelle: Eigene Darstellung

2. Volksbegehren und Volksentscheide zu Atomenergie Hintergrundinformationen und Daten

a) Österreich 1978 (Zwentendorf)

Abstimmungsphase: Herbst 1978

Datum der Volksabstimmung: 05.11.1978

Verfahrenstyp: Referendum

Abstimmungsbeteiligung: 64,11 %

Ergebnis: 50,46 % gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen

Fragestellung: „Soll der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) Gesetzeskraft erlangen?“

Hintergründe: Politisches Großereignis, das große Wellen ausgelöst hat. „Zwentendorf“ ist zum Symbol geworden und beeinflusst die österreichische (Energie-) Politik bis heute.

b) Schweden 1980

Datum der Volksabstimmung: 23.03.1980

Verfahrenstyp: Formal nicht-bindendes Referendum, initiiert vom Parlament, faktische Bindewirkung

Abstimmungsbeteiligung: 74,2 %

Ergebnis: ca. 60-80 % für Atomausstieg (keine weiteren Neubauten)

Drei Varianten, die jeweils abgelehnt wurden:

19,6 % für **Variante 1**

Inhalt: Maximal 12 AKW-Neubauten ohne Stilllegungen nach 25 Jahren; Vorlage wurde unterstützt von den Christdemokraten.

40,5 % für **Variante 2**

Inhalt: maximal 12 AKW-Neubauten, aber Stilllegung nach 25 Jahren und Ersatz durch Erneuerbare Energien; Vorlage wurde unterstützt von den Sozialdemokraten, Liberalen und Gewerkschaften.

39,95 % für **Variante 3**

Inhalt: Stilllegung aller AKWs binnen 10 Jahren; Vorlage wurde unterstützt von Kommunisten und „Zentralisten“.

Aktuell: Erstes AKW (Bärsbäck) wurde vor kurzem stillgelegt, die Diskussion über die Atomenergie ist daher wieder aufgekommen in Schweden.

c) **Italien 1987**

Datum der Volksabstimmung: 08.09.1987

Typ: Bindendes Referendum, initiiert vom Volk (referendum abrogativo)

Abstimmungsbeteiligung: 65,15 %, damit 50%-Beteiligungsquorum erreicht, Abstimmung somit gültig

Ergebnis: 80,6 % gegen Gesetze, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen

d) **Deutschland/Bundesländer (1965 und 80er Jahre)**

- Bayern 1965: „Waldsicherungsgesetz“: Gegen den Bau einer Atomforschungsanlage
Ergebnis: Antrag auf VB nicht zugelassen (verfassungswidrig).
- Bayern 1985: „Nationalpark Bodenwöhrer Senke“ / Verhinderung der atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen (Verstoß gegen Bundesrecht).
- Nordrhein-Westfalen 1986: Volksbegehren „NRW gegen Atomanlagen“ - Für Verstaatlichung und Stilllegung von Atomkraftwerken
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen, Klage auf Zulässigkeit gescheitert (Bundeskompetenz).
- Bayern 1987: „Gesetzentwurf über kerntechnische Anlagen“, de facto Verhinderung der WAA Wackersdorf
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht zugelassen (Verstoß gegen Bundesrecht).
Hintergrund / Ziel: In bestimmten Landkreisen sollen kerntechnische Anlagen untersagt werden und dort Waldflächen wiederaufgeforstet werden.
- Bayern 1998: Volksbegehren „Kein neues Atomkraftwerk in Bayern“;
Ergebnis: Antrag auf Volksbegehren nicht eingereicht.
Hintergrund/Ziel: Trotz Bundeskompetenz im Atomrecht sollte der Bau von neuen Atomkraftwerken in Bayern ausgeschlossen werden dadurch, dass per Volksbegehren für die Standortsicherung das Erfordernis eines „Standortsicherungsgesetzes“ in das Bayerische Landesplanungsgesetz eingeführt wird, also die Sicherung eines Standorts nur noch per Gesetz möglich sein soll und damit im Wege eines Volksbegehrens/Volksentscheids auch abgelehnt werden könnte.

e) Slowenien / Krsko 1995

Keine Abstimmung, nur Plan eines Referendums

Verfahrenstyp: plebiszitäres Verfahren mit Initiative Parlamentsminderheit mit Bindewirkung

26.10.1995 Referendum geplant von Parlamentsminderheit: 37 Abgeordnete (mehr als ein Drittel) brachten Antrag zur Abhaltung eines Referendums über die Schließung des AKWs Krsko ein (Ausgang wäre bindend gewesen).

Lobby, Kampagne gegen den Plan, Abgeordnete der LDS wurden unter Druck gesetzt. Ergebnis: Abgeordnete der LDS zogen Unterschriften zurück, kein Referendum

f) Japan 1996, Gemeinde Maki

Datum der Abstimmung: 04.08.1996

Typ: Nicht-bindendes Referendum

Ebene: kommunal

Abstimmungsbeteiligung: ca. 70-75 %

Ergebnis: 61 % gegen ein AKW

Hintergründe:

In der Stadt Maki (30.000 Einwohner) stimmten 12.400 gegen und 7.900 für das geplante Atomkraftwerk. Es war die erste lokale Volksabstimmung in Japan. Die Regierung in Tokyo erklärte, das rechtlich nicht bindende Referendum nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Andererseits wird es aber auf jeden Fall zu Konsequenzen kommen, da die Stadt Maki dem Errichter Tohoku Electric Power Co. kein Grundstück mehr freiwillig überlassen wird, was der Bürgermeister bereits verkündete. Die Gemeinde besitzt noch immer einige Grundstücke direkt auf dem Errichtungsgelände. Tohoku Electric Power Co. wollte das AKW schon 1969 errichten, musste aber 1983 sogar die Planungen vorübergehend einstellen, weil Grundstücksspekulanten und Atomgegner es geschafft hatten, kleine Grundstücke am Gelände zu kaufen.

Mittlerweile sind nach 27 Jahren Widerstand 97% der Grundstücksfläche in den Händen der Tohoku.

g) Österreich 1997

Volksbegehren „Atomfreies Österreich“

Datum der Eintragungszeit für das Volksbegehren: 24.11 – 1.12.1997

Typ: Unverbindliche Volksanregung (in Österreich „Volksbegehren“ genannt)

Ergebnis: Erreichte Unterschriftenzahl 4,3 %, kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament

h) Österreich/Temelin 2002

Volksbegehren gegen AKW Temelin/Kopplung mit Beitrittsvertrag mit Tschechischer Republik

Datum der Eintragungszeit für das Volksbegehren: 14.01.21.01.2002

Typ: Unverbindliche Volksanregung (Volksbegehren)

Hintergründe: Österreichisches Volksbegehren des Rechtspopulisten Haider / Freiheitlich Partei (FPÖ) gegen das tschechische AKW Temelin erreichte rund 915.000 Österreicher = 15,5 % der Wahlberechtigten.

Ziel der Aktion war es, dem Parlament in Wien die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages mit Tschechien nur dann zu erlauben, wenn Temelin abgeschaltet wird und Tschechien „völkerrechtlich bindend“ aus der Atomenergie aussteigt.

Ergebnis: kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament

i) Österreich/Atomfreies Europa 2003

Typ: Unverbindliche Volksanregung (Volksbegehren)

Hintergründe: von Greenpeace Österreich initiiert.

Ziel der Aktion war es, durch „verfassungsgesetzliche Maßnahmen sicherstellen, dass die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung verpflichtet sind, sich bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union für einen Ausstieg der EU-Mitgliedstaaten aus der Kernenergienutzung einzusetzen.“

Ergebnis: Erreichte rund 132.000 Unterschriften = 2,23 % der Wahlberechtigten. Kein Erfolg, keine Übernahme durch das Parlament

j) Deutschland (kommunal Ende 90er Jahre)

Mehrere Bürgerbegehren zu Stromabnahmeverträgen von Stadtwerken in Bayern, de facto erfolgreich;

2001 wurden in insgesamt 11 Städten und Gemeinden Bürgerbegehren gegen den tschechischen Atomreaktor Temelin initiiert und damit eine koordinierte Aktion gestartet, die letztlich von Erfolg gekrönt war.

Mit den Bürgerbegehren sollten vor allem Stadtwerke und Gemeinden in Grenznähe zur Tschechischen Republik verpflichtet werden, keinen Strom mehr vom E.ON-Konzern zu kaufen, solange E.ON mit dem Temelin-Betreiber CEZ einen Stromlieferungsvertrag hat.

Dazu musste bei Städten, die als Stadtwerke keinen Eigenbetrieb, sondern eine GmbH hatten, eine zweistufige Bürgerbegehrensfrage ausgearbeitet werden: Die erste sollte den verlorenen demokratischen Einfluss der jeweiligen Stadt zumindest bei Grundsatzentscheidungen der Versorgungsbetriebe wieder herstellen, die zweite Stufe der Frage zielte dann darauf ab, eine solche Grundsatzentscheidung gegen die Zusammenarbeit mit dem CEZ-Partner E.ON zu treffen und zu verankern.

Erfolg: Auf dem Höhepunkt der Aktionen vollzog der E.ON-Konzern eine Kehrtwende und kündigte im August 2001 den Stromliefervertrag mit CEZ. Damit hatten sich die Begehren aus Sicht der Initiatoren „erfolgreich erledigt“ und konnten daher (in unterschiedlichen Verfahrensstadien) zurückgezogen werden. Beobachter sprechen davon, dass erstmalig mit einer koordinierten Bürgerbegehrensaktion in mehreren Gemeinden und Städten ein „Global-Player“ in seiner Entscheidung massiv beeinflusst werden konnte.

k) Schweiz

In der Schweiz gab und gibt es zahlreiche Volksbegehren und Volksentscheide zu Energiepolitik, Ökosteuer und auch speziell zur Frage der Atomenergie, sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene.

In der Schweiz stellt die Direkte Demokratie in verschiedenen Ausprägungen (obligatorisches Verfassungsreferendum, Volksbegehren) ein politisches Routineverfahren dar, Bürgerbeteiligung in Kombination von Volksrechten und anderen Verfahren der Bürgerbeteiligung sind eher wahrscheinlich. Auf nationaler Ebene etwa hat das Schweizer Ministerium (Department) für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation einen „Entsorgungs-Dialog“ im Hinblick auf eine Totalrevision des Atomgesetzes initiiert.

Links: www.admin.ch
www.stromohneatom.ch

Liste (ohne Gewähr der Vollständigkeit) der Atomenergie-Abstimmungen in der Schweiz

National

- **1990** Volksinitiative „für den Ausstieg aus der Atomenergie“
Volksbegehren eingereicht 1.10.1987, abgestimmt 1990
Abstimmungsbeteiligung: 40 %
Ergebnis: 47,1 % und 6 2/2 Kantone dafür, Vorlage abgelehnt
- **1990** Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“ (gültig bis Sept. 2000)
Abstimmungsbeteiligung: 40%
Ergebnis: 54,5 % und 17 5/2 Kantone dafür, Vorlage angenommen
- **2003** Volksinitiative „Strom ohne Atom“ (Stilllegung AKWs, Einstellung Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente, Umstellung der Stromversorgung)
Abstimmungsbeteiligung: 50 %.
Ergebnis: Im Volksentscheid Mai 2003 mit 66,3 % Nein-Stimmen verworfen.
- **2003** Volksinitiative „Moratorium Plus“ Verlängerung des Baustopps neuer AKWs von Sept. 2002 um weitere 10 Jahre.
Abstimmungsbeteiligung: 50 %.
Ergebnis: Auch die Atominitiative „MoratoriumPlus“ wurde mit 58,4 % Nein-Stimmen verworfen.

Kantonal

- 1989: Kanton **Aargau**: Ablehnung des Projekts Atomkraftwerk Kaiseraugst per Volksentscheid (dort auch Widerstand durch Besetzung des Bauplatzes).
- 16.02.1992 Volksentscheid im Kanton **Bern** gegen Atomkraftwerk Mühleberg,
Ergebnis: Vorlage angenommen.
- 1995: Kanton **Nidwalden**: Zwei Vorlagen zum Endlager Wellenberg (Stellungnahme der Nidwaldner Regierung zum Rahmenbewilligungsgesuch und die Erteilung der Konzession zur Nutzung des Untergrundes) knapp per Volksentscheid abgelehnt.
- 1998 Kanton **Zürich**: Volksinitiative „Für die Mitsprache bei Atomendlagern“.
Ergebnis: unklar, da VI geplant / angekündigt wurde. Jedoch langfristig ist ein indirekter Erfolg zu verzeichnen (s. Anhang 2)
Initiator: Lokale Schweizer Bürgerinitiative 'BeDENken'.
Hintergründe: Es ging es nicht um das „Ja“ oder „Nein“ zum atomaren Endlager, sondern um die Frage der Mitbestimmung der Bevölkerung des Kantons Zürich.
- 24.09.2000 Volksentscheid im Kanton **Bern** zur Umsetzung „Volksinitiative zur Stilllegung des AKW Mühleberg“; Ergebnis: Vorlage abgelehnt
- 22.09.2002 Volksentscheid im Kanton **Nidwalden** zum Endlager Wellenberg,
Ergebnis: Gegen Endlager / Sondierungsstollen, Vorlage abgelehnt mit 57,5 % zu 42,5 %.
Abstimmungsbeteiligung 71,3 %.

3. Volksabstimmungen zu Zwischen- und Endlagern

Folgende Volksabstimmungen werden im Folgenden genauer betrachtet:

- USA - Endlager Wüste Nevada: Bislang keine Volksentscheid
- Schweiz: Wellenberg, Kanton Nidwalden, CH (geplantes Endlager): Zwei Volksentscheide gegen Endlager bzw. Vorarbeiten
- Kanada: Zwei lokale Referenden: Eines pro Standort, eines gegen Standort
- Schweden: Zwei lokale Referenden: beide gegen Standort
- Finnland – Endlager: ein lokales Referendum pro Standort

a) USA/Nevada – Endlager geplant

Geplant ist, dass in Yucca Mountain, in der Wüste Nevadas, ein nukleares Endlager gebaut werden soll. Erstens wurde jedoch für dieses Projekt eine Abfallmenge vereinbart, die beim Betrieb der bestehenden Kernkraftwerke über eine Dauer von 40 Jahren entsteht. Sollten die Meiler hingegen tatsächlich 60 Jahre laufen, wird weitaus mehr Atommüll zu entsorgen sein. Zweitens wächst in Nevada der Widerstand gegen ein Endlager.

In Nevada existiert das Recht auf Volksbegehren für Gesetze und Verfassungsänderungen (Unterschriftenquorum 10 %). Aktuell ist kein Volksbegehren lanciert/geplant.

Einen guten Überblick zum Nevadaprojekt gibt eine Seite des NDR, dort wurde eine Dokumentation gedreht:
http://www.ndr.de/tv/prisma/archiv/20020528_7.html

und die Regierungshomepages:

www.ymp.gov

www.nrc.gov

b) Schweiz

Eine Übersicht zum Thema Entsorgung bieten die Seiten der Nagra (Entsorgungsgesellschaft).

www.nagra.ch

Unter www.nagra.ch/deutsch/lager/lager.htm findet sich eine Übersichtskarte.

Ein interessantes Portal ist ferner: www.atomfragen.ch

Wellenberg, Kanton Nidwalden (Geplantes Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle)

1993 hatte die Nagra den Wellenberg als Standort für ein Endlager bekanntgegeben. Ein Jahr später wurde die Genossenschaft für Nukleare Entsorgung Wellenberg gegründet und am 17. Juni das Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Am 25. Juni 1995 wurden im Kanton Nidwalden die beiden Wellenberg-Vorlagen - die Stellungnahme der Nidwaldner Regierung zum Rahmenbewilligungsgesuch und die Erteilung der Konzession zur Nutzung des Untergrundes - knapp *per Volksentscheid* abgelehnt. Im August 1996 hat sich der Bundesrat zum weiteren Vorgehen im Hinblick auf die Realisierung eines Endlagers geäußert. Er hat eine weitere Volksabstimmung zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen und im Hinblick auf die Entsorgung der radioaktiven Abfälle die Erarbeitung einer einvernehmlichen Lösung durch die Wiederaufnahme des Gesprächs mit allen Beteiligten vorgeschlagen. Dabei sollten insbesondere offene Fragen bezüglich Kontrollierbarkeit und Verschluss eines Endlagers, Rückholbarkeit von Abfällen und der Erdbebengefährdung geklärt werden.

Zweite Volksabstimmung am 22.09.2002: Ablehnung des Baus eines Sondierstollens mit 57,5 % zu 42,5 %. Abstimmungsbeteiligung 71,3 %.

Sehr interessant und informativ ist das Internetangebot der Gegner des Endlagers:

www.mna.ch

(= Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen MNA.)

In deren Chronik steht, dass offenbar im Vorfeld der Standortentscheidung sehr wenig bis keine Bürgerbeteiligungsverfahren eingesetzt wurden. Das Volk – hier der Kanton Nidwalden - wehrte sich (erfolgreich) und setzte per Volksentscheid und Klage durch, dass das Volks in diesen Angelegenheiten (Atomfragen) letztentscheidet.

c) **Kanada**

Deep river, Ontario

Datum der Abstimmung: Oktober 1995

Ergebnis: 72,4 % für Lagerstätte

Abstimmungsbeteiligung: unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindendes Referendum, de facto Bindewirkung

<http://perc.ca/PEN/1996-07-08/hendrick.html>

kritisch: <http://www.renc.igs.net/~cmichener/ccrc/CCRChhtml/wrong.html>

„Claims that the 72% approval level in an October 1995 referendum indicated strong support from a well-informed community are false. Fears were raised in Deep River that a "No" vote could trigger further ob cutbacks at AECL, or be interpreted as a vote of "no confidence" in nuclear power. Downstream municipalities were excluded from the referendum. Several have now requested a full public review of the proposal under the Canadian Environmental Assessment Act (CEAA).“

Kanada, Port Hope

Datum der Abstimmung: August 1995

Ergebnis: Gegen möglichen Standort für Atom-Lagerstätte (Details unbekannt)

In Canada, residents of the Port Hope township voted at the beginning of August to withdraw from consideration as the site for an underground low level radwaste repository. (UNECAN News, 31 August, p5)

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb95/nb9537.htm> (Link vom 01.11.2002)

d) **Schweden**

Im Verfahren der Standortauswahl ist in Schweden die Zustimmung des Gemeinderats oder ein lokales Referendum erforderlich.

Storuman (Nordschweden)

Datum der Abstimmung: September 1995

Ergebnis: 71 % dagegen

Abstimmungsbeteiligung: Unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindend, de facto Bindungswirkung

Fragestellung: „to allow studies of the region as a possible spent fuel repository site to continue. SKB, the Swedish Nuclear Fuel and Waste Management Company, is studying other potential sites for the repository, but Storuman is the first area to vote on the issue. Local politicians have promised to respect the outcome of the referendum, although it is not binding under Swedish law. (NuclearFuel, 11 September, p. 13)

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb95/nb9537.htm>

Ausführlich zu Storuman und mit Hintergründen:

<http://www.folkkampanjen.se/doc1/mt9908.html>

Mala (Schweden)

Datum der Abstimmung: Herbst 1997

Einwohnerzahl: ca. 2.000 Einw.

Ergebnis: 55 % dagegen

Abstimmungsbeteiligung: Unbekannt

Verfahrenstyp: nichtbindend, de facto Bindungswirkung

Quelle: <http://www.world-nuclear.org/nb/nb97/nb9738.htm>

e) Finnland

siehe Artikel in: Die Welt vom Juni 2001 (s. Anhang)

Lokales Referendum Eurakoji, Olkiluoto

Datum: 27.01.2000

Ergebnis: Pro Lager, sehr deutliche Mehrheit

Abstimmungsbeteiligung und exaktes Ergebnis: nicht auffindbar

27.01. 2000: In Finland, the municipality of Eurakoji has voted overwhelmingly in support of the selection of Olkiluoto as the site of a final disposal facility for spent fuel. The vote is part of the procedure related to spent fuel management company Posiva's application for a government Decision in Principle on the repository plans. The government decision is expected in the next few months...

Mai 2001: Regierung bestätigt Pläne.

Bzgl. der anderen möglichen Standorte (Kivetty, Ropmuvaara, Kannonkoski, Lovisa) konnten keine Daten zu lokalen Referenden aufgefunden werden.

Anhang 1: Presse / Hintergrundartikel zu Finnland, in: Die WELT vom 16.06.2001

Finnland baut weltweit erstes Endlager für Atommüll

Den radioaktiven Abfall seiner vier Kernkraftreaktoren will das Land in Olkiluoto zur Endlagerung deponieren

Stockholm - Finnland hat eine wichtige Vorentscheidung getroffen, wo es den radioaktiven Abfall seiner vier Kernkraftreaktoren zur Endlagerung deponieren will. Der Reichstag sprach sich mit 159 gegen drei Stimmen für Olkiluoto, dem an der Westküste gelegenen Standort von zwei Kernkraftwerken aus. Auch die Grünen im Parlament stimmten dem Bau des weltweit ersten Endlagers zu. Während in Deutschland die Erforschung des Salzstocks Gorleben nicht zuletzt wegen anhaltender Proteste für zehn Jahre ausgesetzt wurde, bewarben sich in Finnland gleich zwei Gemeinden als Standort für das atomare Endlager. Und während Deutschland und Schweden in die Abwicklung der Kernkraft einsteigen wollen, wird das finnische Parlament voraussichtlich im Herbst über den Bau eines fünften Reaktors abstimmen.

Die Entscheidung über den Endlagerungs-Standort fiel überraschend deutlich aus. Um ihn hatten sich neben Olkiluoto, am Bottnischen Meerbusen etwa 50 km nördlich von Rauma gelegen, und Lovisa, Standort der beiden anderen Kernkraftwerke, etwa 200 km östlich von Helsinki, mit voller Unterstützung der umliegenden Gemeinden beworben.

Mit dem Reichstagsentscheid ist allerdings noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die für die Entsorgung zuständige Privatfirma Posiva Oy kann jetzt lediglich mit den Vorbereitungen der Bauarbeiten beginnen. Deren Pläne müssen dann der Regierung zur endgültigen Baugenehmigung vorgelegt werden. Laut Posiva-Zeitplan ist der Baubeginn für 2010 vorgesehen, mit der Endlagerung soll zehn Jahre später begonnen werden. Der Atomabfall wird in Kupferröhren eingeschweißt und rund 500 Meter tief im Granit gelagert. Die Behälter sollen für mindestens 100 000 Jahre jegliches Austreten von radioaktiver Strahlung verhindern.

Die vier in den siebziger Jahren gebauten Kernkraftwerke, je zwei wurden von der Sowjetunion, aber mit westlichen Sicherheitssystemen, und von der damaligen schwedischen Asea (heute ABB) geliefert. Ihre verbleibende Lebensdauer wird mit 20 bis 40 Jahre angegeben. Sie fahren mit einer extrem hohen Kapazitätsauslastung, über 90 Prozent, und tragen heute mit knapp 30 Prozent zur finnischen Elektrizitätsversorgung bei.

Bis etwa 2010 ist Finnland in der Lage, die jährlich um 1,5 Prozent steigende Stromnachfrage zu decken. Dann werden zusätzliche Kapazitäten benötigt. Im Gegensatz zu den USA wird in Finnland an einem nicht gerüttelt: An den Kyoto-Kriterien zum Abbau der CO₂-Emissionen. „Das ist kein Diskussionspunkt“, stellt die Regierung kategorisch fest.

Anhang 2: Presse / Hintergrundartikel zu Schweiz, speziell zu Weinland, CH

Dienstag 24. September 2002, Schaffhauser Nachrichten (CH), Seite 1

Endlager nur mit Kantonsmitsprache

Das geplante Atommülllager in Benken kann nur gebaut werden, wenn der Kanton zustimmt - so entschied der Nationalrat.

Bern. «Wir haben einfach grundsätzlich die Meinung: Es geht nicht an, dass Infrastrukturprojekte von diesem Ausmass gegen den Willen einer betroffenen Region durchgesetzt werden.» Mit diesen Worten warb Bundesrat Moritz Leuenberger gestern im Nationalrat noch einmal für sein Kernenergiegesetz (KEG). Es sieht vor, dass die Kantone bei der Errichtung von Atommüll-Endlagern in 3 Phasen mitbestimmen können: beim Bau von Sondierstollen, bei der Erteilung der Rahmenbewilligung für das Lager und bei dessen Verschluss. Dies ist im Kanton Nidwalden bereits geltendes Recht. Allerdings hat dort die Abstimmung vom Sonntag gezeigt, wie schwierig es ist, ein Endlager in einem demokratischen Prozess durchzusetzen: Jedenfalls lehnte die Nidwaldner Bevölkerung den Sondierstollen für das geplante Lager am Wellenberg deutlich ab.

Deshalb votierten viele bürgerliche Ratsmitglieder dafür, dem Beispiel des Ständerates zu folgen, der den Bau von Atomendlagern allein zur Bundessache erklären will. «Ein dreifaches kantonales Veto würde wohl dazu führen, dass nirgends - auch bei besten Voraussetzungen - solche Anlagen erstellt werden könnten. Wenn es im nationalen Interesse liegt, dann müssen wir die kantonalen Einsprache- und Verhinderungsmöglichkeiten beschränken», meinte beispielsweise Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH).

Die Ratsmehrheit war aber anderer Meinung: Sie votierte nach längerer Debatte für den Vorschlag des Bundesrates. Dass es so kam, war den Stimmen der Grünen, der SP und der EVP zu verdanken, aber nicht nur. Auch ein Teil der CVP stimmte mit dem Bundesrat. «Eine Mehrheit unserer Fraktion will dem Ständerat folgen, um aus diesen pragmatischen Gründen endlich zu einem Ziel zu gelangen», erklärte Ruedi Lustenberger (CVP/LU). «Eine Minderheit der Fraktion möchte aber den Standortkantonen eine Vorrangstellung einräumen, dies im Sinne des föderalistischen Prinzips und der Achtung der kantonalen Hoheitsrechte.»

Noch nicht definitiv

Damit ist die Kantonsmitsprache allerdings noch nicht definitiv gesichert. Vorerst sind sich nämlich National- und Ständerat in dieser Frage uneinig. Erst das Differenzbereinigungsverfahren wird schliesslich zeigen, ob der Kanton Zürich (wo in Benken das Endlager für hoch radioaktive Abfälle geplant ist) schliesslich die gleichen Rechte bekommt wie Nidwalden.